

Was bedeutet für Sie Heimat? Über diesen Begriff wird seit kurzem wieder leidenschaftlich diskutiert. Und das hoch emotional. Es ist ein Grundbedürfnis der Menschen, zu wissen, wo sie hingehören, sich zugehörig zu fühlen.

Unsere Heimat ist die gefühlte Heimat. Dort, wo sich Menschen wohl und zu Hause fühlen, ob in Städten oder in ländlichen Regionen. Überall dort sorgen kommunale Unternehmen dafür, dass dies möglich ist. Dass jeder Bürger seinem persönlichen und individuellen Bedürfnis ein Stück näher kommt. Wir sind die Garanten der Lebensqualität. Wir stellen uns dem Wettbewerb und arbeiten zuverlässig, effizient und innovativ. Die Menschen erwarten, dass die Dinge funktionieren, dass sie sich verlassen können: helle und warme Wohnungen, fließendes Wasser und Müll wird abgeholt. Verlässlichkeit bildet Vertrauen. Vertrauen schafft Verbundenheit und nährt das Gefühl der Zugehörigkeit. Kommunale Unternehmen bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen das Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Infrastruktureller Maßanzug für alle

Unser Ziel ist es, den infrastrukturellen Maßanzug anzufertigen. Das bedeutet große Linie, Schnitt und sehr viel feine handwerkliche Handarbeit – immer eine Saison voraus gedacht. Wie die Unternehmen der Kommunalwirtschaft das angehen, welche Erfolge sie bereits vorweisen können, welche Positionen und natürlich auch Empfehlungen sie haben, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre und freuen uns, wenn Sie dabei Anknüpfungspunkte und Inspirationen für Ihr politisches Wirken entdecken.

Kommunal ganz nah

Die aktuelle Ausgabe des "11011" – die Postleitzahl des Bundestags stand Pate – informiert Sie

wieder über relevante Themen der Kommunalwirtschaft.

\ Unsere **1460**Mitgliedsunternehmen bündeln kommunalwirtschaftliche Expertise.

www.vku.de/kommunale-in-deutschland

Die digitale Deutschlandkarte zeigt, wo welches Mitgliedsunternehmen angesiedelt ist. Schauen Sie gern nach – ob in einer Stadt, einer f Region oder Ihrem Wahlkreis.









Kommunale Verankerung



11011 Der Kommunalbrief





11011Der Kommunalbrief

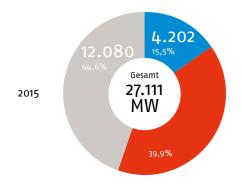
Erzeugungskapazitäten 2015 und 2016

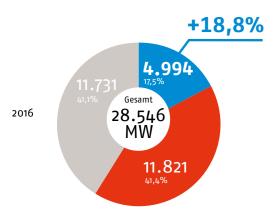
in MW

Erneuerbare Energien

KWK

Kondensationskraftwerke





Quelle:
VKU-Erzeugungsumfrage 2017 © Verhand kommunaler Unternehmen (VKU)

Kommunaler Kraftwerkspark treibt die Energiewende an

Unsere jährlich durchgeführte Mitgliederumfrage zeigt es eindrucksvoll: 2016 haben die kommunalen Unternehmen 6,33 Milliarden Euro in die Energieerzeugung vor Ort investiert. Ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um beachtliche 30 Prozent. Die höchste Investitionstätigkeit seit 2011.

Mit mehr als 28.500 Megawatt (MW) liegen die Erzeugungskapazitäten auf dem höchsten Niveau, ein Anstieg gegenüber 2015 um rund 20 Prozent. Fast zwei Drittel des Stroms aus kommunalen Kraftwerksparks kommen aus klimafreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlangen (KWK) und erneuerbaren Energien.

Verlässlichkeit für den zweiten Teil der Energiewende

Die Kommunalen sind entscheidend für das Gelingen der Energiewende. Nach dem überwiegend in ländlichen Regionen erfolgten Ausbau der regenerativen Stromerzeugung, findet die zweite Halbzeit der Energiewende in den Städten statt. Sektoren müssen ganzheitlich betrachtet, erneuerbare Energien auch in Wärme- und Erdgasnetze integriert sowie in der Mobilität ausgebaut werden. Den Kommunalen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Von Politik brauchen wir dafür langfristig stabile Rahmenbedingungen. Das heißt:

- Sicherung der KWK als klimafreundliche Erzeugungstechnologie.
- Stärkung der Wärmenetzinfrastrukturen als Schlüssel für die Dekarbonisierung insbesondere in Ballungsräumen.
 Dabei liegt ein Schwerpunkt auf dem Erdgasnetz, das zunehmend mit grünem Gas gespeist werden kann.
- Intelligente Verzahnung zwischen den Sektoren (Strom, Wärme und Mobilität), dass ein echter Wettbewerb möglich wird.
- Einführung eines dezentralen Leistungsmarktes, der Technologieoffenheit fördert und Versorgungssicherheit garantiert.

Die heimlichen Stars der Energiewende

Deutschland braucht seine Autobahnen. Aber ohne die vielen mittelgroßen und kleinen Straßen würde das Verkehrssystem kollabieren. Genauso ist es bei den Stromnetzen. Ein kleiner Teil des Stroms wird von den Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) über großen Entfernungen transportiert. Der Großteil des Stroms wird von Verteilnetzbetreibern (VNB) in der Region gemanagt. Sie sind die Garanten der Systemstabilität. Die VNB sorgen dafür, dass heute 50 Millionen Stromkunden zuverlässig mit Energie versorgt werden. Gab es im Jahr 2000 gerade einmal 30.000 Erneuerbare Energien Anlagen, sind es heute 50mal so viele: 1,6 Millionen Anlagen. Und 97 Prozent dieser Anlagen sind an die Verteilnetze angeschlossen. In anderen Zahlen: 1,7 Millionen km Verteilnetz stehen lediglich 36.000 km Übertragungsnetz gegenüber.

Folglich: mehr Verantwortung für Verteilnetzbetreiber

Die Bedeutung der VNB wird weiter wachsen, da die Zahl der Stromerzeuger und -verbraucher rasant steigt. Zudem spielen die VNB die zentrale Rolle bei der Verwirklichung der Sektorkopplung, der Verzahnung von Strom, Wärme und Mobilität.

Aktive Verteilnetzbetreiber und ein zukunftsfähiges Modell der Zusammenarbeit entlang der Netzebenen gemäß dem Grundprinzip der Kaskade sind entscheidend. Wir brauchen Unterstützung für folgende Empfehlungen:

- Die Systemverantwortung muss im EnWG explizit auf die VNB erweitert werden. Das Prinzip der "Kaskade" muss zum Regelfall werden. Die Kaskade ist ein Ordnungsprinzip mit klaren Schnittstellen und Verantwortungen.
- Keinen Durchgriff der ÜNB auf die VNB-Ebene gestatten.
 Verhinderung der schleichenden Zentralisierung mit zunehmenden Nutzungskonflikten.
- Dezentrale Datenhaltung zur Erhöhung der Resilienz des Systems und zur Verhinderung von Cyberangriffen – ÜNB bekommen die Daten in aggregierter Form an den relevanten Netzknoten.

Verteilnetze in Deutschland



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





11011

Der Kommunalbrief





11011 Der Kommunalbrief

Wasser/Abwasser im Zahlen



Wir liefern täglich 121 Liter Trinkwasser pro Bürger.

Wir betreiben ein Kanalnetz von 132.000 Kilometern das entspricht fast 10-mal der Länge der deutschen Autobahnen.

Der Anschlussgrad in der Trinkwasserversorgung beträgt über 99 Prozent.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Schutz von Trinkwasserressourcen

Trinkwasser ist unser Lebensmittel Nummer eins. In Gewässern und unseren Trinkwasserressourcen finden sich heute allerdings unterschiedlichste Schadstoffe, beispielsweise Rückstände von Haushaltschemikalien, Körperpflegeprodukten, Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln. Diese sind in der Regel nur in sehr geringen Mengen nachweisbar. Daher werden sie als Mikroverunreinigungen oder Spurenstoffe bezeichnet. Einmal eingebracht, können diese mit derzeitiger Aufbereitungstechnik nicht restlos entfernt werden. Wirksame Maßnahmen müssen deshalb vorher ansetzen: Ziel ist es, Spurenstoffeinträge in Gewässer und die Trinkwasserressourcen zu reduzieren, am besten zu vermeiden.

Im Reinigungsprozess gilt: Auch modernste Kläranlagen können Spurenstoffe im Abwasser nur verringern, sie jedoch nie ganz vermeiden oder gar entfernen. Eine zusätzliche vierte Reinigungsstufe würde vor allem hohe Investitions- und Betriebskosten nach sich ziehen. Die effektivste Lösung ist das deshalb nicht. Zahlen müsste der Abwasserkunde.

Unsere Standpunkte und Empfehlungen an Politik deshalb:

- Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips und für die Reduzierung der Einbringung von Spurenstoffen an der Quelle ein. Wichtig ist mehr Aufklärung und Sensibilität bei Verbrauchern und Industrie.
- Die gesundheitliche Relevanz neuer Spurenstoffe im Rohwasser muss schnell durch eine unabhängige Stelle bewertet werden. Wir brauchen einen herstellerfinanzierten Entschädigungsfonds, der notwendige Maßnahmen zur Absicherung der Trinkwasserversorgung finanziert. Dies ist jeglichen Überlegungen, die Abwasserabgabe anzuheben, vorzuziehen.
- Wir fordern eine Produktkennzeichnungspflicht von Arzneimitteln zur Vermeidung der Entsorgung in die Toilette. Nachbesserungen brauchen wir dringend beim Zulassungsverfahren von Pestiziden und Arzneimitteln. Hier muss die Gewässerrelevanz stärker berücksichtigt, ein Nachzulassungsmonitoring etabliert werden.

Die Kommunale Abfallwirtschaft: Garanten für Lebensqualität

Manche Prozesse funktionieren so gut, dass sie kaum noch wahrgenommen werden. So ist es mit der kommunalen Hausmüllentsorgung. Seit Jahrzehnten sorgen die Unternehmen Tag für Tag dafür, dass der Abfall zuverlässig entsorgt wird: sommers wie winters, in dünn besiedelten Landstrichen genauso wie in der Großstadt. Und dabei äußerst zuverlässig: Kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe ziehen sich auch nicht einfach aus dem "Markt" heraus, wenn die Papierpreise einmal fallen. Sie sind immer da.

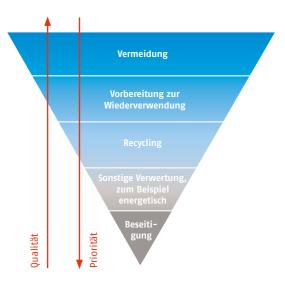
Die meisten verbinden die Leistungen der kommunalen Abfallwirtschaft nur mit dem, was sie im Straßenbild sehen: der Abfallsammlung. Doch das ist nur die sichtbare Spitze des Eisbergs. Die Betriebe machen viel mehr. Sie sind diejenigen, die in Deutschland die gesetzlich vorgeschriebene Abfallhierarchie mit Leben füllen: Sie setzen sich für Abfallvermeidung ein, betreiben Gebrauchtwarenkaufhäuser, erproben innovative Technologien für die Erzeugung von Strom und Wärme aus Abfällen. Und sie haben als eines der wenigen Länder in der Europäischen Union schon längst die klimaschädliche Deponierung abgeschafft.

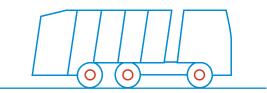
Wenn kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe Erlöse aus Wertstoffen wie Papier oder Metall erzielen, dann nutzen das Geld nicht, um es an Anteilseigner auszukehren, sondern halten die Gebühren angemessen und stabil.

Unsere Standpunkte und Empfehlungen an Politik:

- Die Hausmüll- und Wertstofferfassung gehört in eine Hand, damit die Gebühren stabil bleiben und damit die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft kompetente Ansprechpartner vor Ort haben.
- Die Nutzungsansprüche an öffentliche Räume wachsen. Diese Herausforderung bewältigen leistungsfähige Stadtreinigungsbetriebe. Diese neuen Aufgaben müssen auskömmlich vergütet werden.

Fünfstufige Abfallhierarchie





© Verhand kommunaler Unternehmen (VKU)



11011 Der Kommunalbrief





11011 Der Kommunalbrief

Digitalisierungsbilanz



Die kommunalen Unternehmen übernehmen Verantwortung für ihre Region:

55% ihrer Ausbaugebiete waren vor ihrem Engagement unterversorgt.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Digitalisierung ist alles – und nichts ohne kluges Datenmanagement

Behördengänge sind echte Zeitfresser. Warum den Stand des Stromzählers per Postkarte übermitteln oder einen halben Tag auf den Ableser warten? Oder die Leerung nur halbvoller Mülltonnen, weil es einen festen Turnus gibt. Das geht intelligenter. Die Bürger wünschen sich schnelle und unkomplizierte Wege, um mit der Verwaltung vor Ort zu kommunizieren und die vielfältigen Angebote zu nutzen.

Wie sehen Lösungsansätze aus, die den Bürger als Kunden in den Mittelpunkt stellen? Was bedeutet das alles für die Kommunalen, die Akteure vor Ort? Kommunale Unternehmen übernehmen Verantwortung. Nur mit einer umfassenden Digitalstrategie kann der digitale Wandel zum Nutzen allen Bürger erfolgen. Bandbreite und Zukunftsfähigkeit geht nur über Glasfaser, flächendeckend, auch in entlegenen Regionen. Der Ausbau muss mit einem Infrastrukturziel gefördert werden. Bereits heute bieten die Kommunalen vielfältige Dienstleistungen und digitale Marktplätze, um Städte und Gemeinden fit für die Zukunft zu machen. Hier laufen die Fäden zusammen, sie sind Wegbereiter für die Smart City oder Smart Region.

Dafür braucht es Daten. Sie sind die Grundlage für neue Smart Services und haben einen Wert, der sichtbar werden muss. Open Data zum Nulltarif übersieht, dass Infrastrukturen von Kommunen und Staat finanziert werden müssen. Was in Estland schon selbstverständlich ist, gilt es für Deutschland zukunftsfähig zu entwickeln: Einen verlässlichen und gesicherten Ordnungsrahmen und Wertschöpfungsmodell ein Bezug auf Datennutzung und -hoheit für alle Datensammler und -verwender. Unsere Standpunkte und Empfehlungen an Politik deshalb:

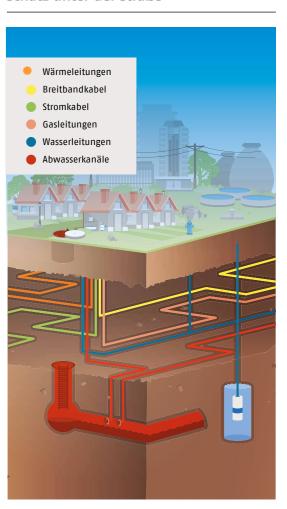
- Eine umfassende Digitalstrategie: Digitalisierung ist Chefsache, ob im Bundeskanzleramt oder in den Fachministerien.
- Den flächendeckenden Glasfasernetzausbau als langfristiges Infrastrukturziel, an dem sich rechtliche und regulatorische Maßnahmen ausrichten.
- Ein Förderprogramm "Smart City" als Ausgangspunkt für die vernetzte Gesellschaft - im Dialog mit allen Beteiligten.
- Einen angemessenen Ordnungsrahmen sowie Wertschöpfungsmodelle zur Nutzung und Verwendung offener Daten. Open Data darf keine Einbahnstraße bleiben.

Perspektiven für ländliche Räume

Es geht um uns und wie wir leben wollen. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist ein klarer Auftrag und Verpflichtung für kommunale Unternehmen. Jede Region ist unterschiedlich. Die Antworten auf gesellschaftliche Transformationsprozesse wie Energiewende, Digitalisierung oder demografischen Wandel sind so individuell wie die Regionen selbst. Kommunale Unternehmen sind in einem engmaschigen Netz über Deutschland verteilt und sichern so die Daseinsvorsorge angepasst an die Bedürfnisse vor Ort. Infrastrukturen müssen zukunftsgerichtet weiterentwickelt werden und bezahlbar bleiben. Gerade schrumpfende Regionen benötigen ein besonderes Augenmerk, da hier die Kosten für die langlebigen Infrastrukturen zukünftig von immer weniger Kunden finanziert werden müssen. Dazu haben wir folgende Positionen:

- Gestaltungsspielräume vor Ort schaffen, denn nur ortsspezifisches Handeln ermöglicht passgenaue und praxistaugliche Lösungen.
- Interkommunale Zusammenarbeit fördern, um demographische Effekte zu bewältigen.
- In schwer zu versorgenden Gebieten des ländlichen Raums, in denen kein eigenwirtschaftlicher Ausbau zu erwarten ist, müssen kommunale Ausbauprojekte in Glasfasernetze vor ineffizientem Doppel- bzw. Überbau geschützt werden.
- Die Systematik aller Entgelte und Umlagen zur Finanzierung der Energiewende muss reformiert werden, um die Kosten für die Energiewende regional und zwischen privaten und industriellen Verbrauchern gerechter zu verteilen – kosteneffizient und fair.
- Der Zuschnitt von Förderinstrumenten sollte überprüft werden. So beispielsweise, ob die "Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz" auf die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum ausgeweitet werden sollte.

Schatz unter der Straße



© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)











Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin Fon +49 30 58 58 0-0 Fax +49 30 58 58 0-100 info@vku.de

www.vku.de









Katherina Reiche, VKU-Hauptgeschäftsführerin

und Michael Ebling, VKU-Präsident



Wir freuen uns auf Ihr Kommen und einen anregenden Austausch.

Einladung zum Politischen Frühstück "11011 Berlin"

Eine moderne Daseinsvorsorge ist heute wichtiger denn je. Kommunale Dienstleistungen und Infrastrukturen müssen sich zunehmend vernetzen und so zu einem umfassenden Marktplatz für die moderne Daseinsvorsorge werden. Hier ist der 360°-Blick gefragt.

Als Spitzenverband der Kommunalwirtschaft laden wir Sie herzlich ein, mit uns über die zukünftige Rolle der kommunalen Unternehmen zu diskutieren und dabei Anknüpfungspunkte und Erwartungen für Ihre politische Arbeit einzubeziehen.

Politisches Frühstück "11011 Berlin":

am Mittwoch, den 29. November 2017 von 7:30 bis 8:30 Uhr im Hotel Steigenberger am Kanzleramt, Ella-Trebe-Straße 5, 10557 Berlin (Raum Private Dining I)

Die Impulsvorträge halten Katherina Reiche, VKU-Hauptgeschäftsführerin und Michael Ebling, VKU-Präsident zum Thema:

"Kommunale Unternehmen sichern Zukunft: Daseinsvorsorge 4.0"

Bitte melden Sie sich bis zum 24. November 2017 an. anmeldung@vku-akademie.de. Vielen Dank.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt mehr als 1.460 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit über 262.000 Beschäftigten wurden 2015 Umsatzerlöse von mehr als 115 Milliarden Euro erwirtschaftet und rund 11 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment große Marktanteile in zentralen Versorgungsbereichen (Strom 60 Prozent, Erdgas 65 Prozent, Trinkwasser 87 Prozent, Wärmeversorgung 69 Prozent, Abwasserentsorgung 42 Prozent). Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 66 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Die kommunalen Unternehmen versorgen 5,7 Millionen Kunden mit Breitband. Bis 2018 planen sie Investitionen von rund 1,7 Milliarden Euro, um dann insgesamt 6,3 Millionen Menschen an schnelles Internet anschließen zu können.

Politisches Frühstück

